



Medienmitteilung

Schweizer Nahrungsmittel-Hersteller sind alarmiert: Nein zu gefährlichen planwirtschaftlichen Experimenten!

Die Föderation Schweizerischer Nahrungsmittel-Industrien (fial) lehnt die Agrar-Initiativen der Grünen Partei und der Gewerkschaft Uniterre ab, über welche das Stimmvolk am 23. September 2018 abstimmt. Beide Initiativen sind gefährliche planwirtschaftliche Experimente. Ihre Annahme würde die Versorgung der Schweizer Bevölkerung mit einem vielfältigen Nahrungsmittel-Angebot gefährden und die noch verfügbaren Nahrungsmittel erheblich verteuern. Zudem würde der Zugang von Schweizer Unternehmen zu wichtigen Exportmärkten aufs Spiel gesetzt.

Die fial ist besorgt über die hohe Zustimmung, welche die beiden Initiativen in den ersten Meinungsumfragen erhielten. Dieses Ergebnis mag daran liegen, dass insbesondere die sog. „Fair-Food“-Initiative einen sympathischen Namen trägt. Hinter dem Titel verstecken sich aber Forderungen, welche unser Land, unsere Unternehmen und die Konsumenten in der Schweiz teuer zu stehen kämen.

Die Initiativen verlangen vom Staat übertriebene Eingriffe in den Markt. Planwirtschaftliche Instrumente, wie sie die Initiativen verlangen (Einfuhrverbote von Lebensmitteln und landwirtschaftlichen Erzeugnissen, Staatsangestellte für die Landwirtschaft, umfassende Kontrollbürokratie etc.) sind aber höchst unschweizerisch und haben sich auch in anderen Ländern nicht bewährt, wie die Geschichte zeigt.

Nationalrätin Isabelle Moret, Präsidentin der fial, weist auf die KMU-Feindlichkeit der beiden Initiativen hin: „Die hohen Kosten der beiden Initiativen würden vor allem die kleinen und mittleren Familienunternehmen treffen. Diese verfügen nicht über die Ressourcen, um die vielen bürokratischen Vorgaben umzusetzen. Damit gefährden die Initiativen vor allem Schweizer KMU und die entsprechenden Arbeitsplätze in diesem Land.“

Für die Schweizer Nahrungsmittel-Industrie sind die Initiativen aber auch deshalb gefährlich, weil sie internationales Handelsrecht verletzen, zu dessen Einhaltung sich die Schweiz in verschiedenen Handelsverträgen verpflichtet hat. Damit stellen die Initiativen den Zugang von Schweizer Unternehmen zu ausländischen Märkten und damit Arbeitsplätze in der Schweiz aufs Spiel.

Verschiedene Forderungen der beiden Initiativen stehen im Widerspruch zur neuen landwirtschaftlichen Verfassungsgrundlage, welche vom Volk erst im vergangenen Jahr als Gegenvorschlag zur sog. „Ernährungssicherheits-Initiative“ deutlich angenommen wurde. Andere Forderungen (wie zum Beispiel der Schutz von Kulturland) sind hingegen hin-fällig, nachdem sie mit diesem Gegenvorschlag bereits aufgenommen wurden.

Umweltfreundlich, fair und nachhaltig hergestellte Lebensmittel haben ihren festen Platz im Markt längst gefunden. Dieser Markt entwickelt sich ständig weiter. Deshalb sind eine Verfassungsänderung und überschüssige Eingriffe des Staates nicht nötig. Solche Eingriffe wären letztlich auch kontraproduktiv, da sie das Hervorhebungsmerkmal von in der Schweiz hergestellten Lebensmitteln schwächen würden.

Bern, 27. August 2018

Kontakt:

Nationalrätin Isabelle Moret, Präsidentin der Föderation Schweizerischer Nahrungsmittel-Industrien fial, 079 332 08 23
Niklaus Iten, Präsident Swiss Association of Nutrition Industries SANI, 076 415 21 28
Jean-Christophe Britt, Leiter Corporate Affairs Nestlé S.A., 079 619 96 77

Die Positionspapiere der fial zu den beiden Initiativen sind über www.fial.ch (Dokumente) abrufbar.

Internet:

www.fial.ch

Sekretariate:

<input checked="" type="checkbox"/>	Münzgraben 6 CH-3011 Bern Tel 031 310 09 90 Fax 031 310 09 99	<input type="checkbox"/>	Worbstrasse 52 Postfach 160 CH-3074 Muri b. Bern Tel 031 352 11 88 Fax 031 352 11 85	<input type="checkbox"/>	Thunstrasse 82 Postfach CH-3000 Bern 6 Tel 031 356 21 21 Fax 031 356 00 65
-------------------------------------	--	--------------------------	--	--------------------------	--